

Gesundheitsreform ante portas

Aufgrund der aktuellen Gesundheitspolitik standen keine ausschließlich facharztspezifischen Themen im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen des diesjährigen Deutschen Fachärztetages, der Anfang November in München stattfand. So schilderten viele Referenten und geladene Gäste die Auswirkungen der kommenden Gesundheitsreform und sparten dabei nicht an deutlicher Kritik.

In seiner Eröffnungsrede geißelte Dr. Axel Munte, Vorsitzender des Deutschen Facharztverbandes, die Gesundheitspolitik der Bundesebene: „Die Zukunft der medizinischen Versorgung ist ernsthaft gefährdet.“ Ausgehend von der großen Nachfrage nach deutschen Fachärzten im Ausland machte Dr. Munte die unattraktiven Rahmenbedingungen für Mediziner mitverantwortlich für den sich abzeichnenden Ärztemangel in Deutschland. Auch die Gesundheitsreform werde die Situation für Ärzte nicht verbessern. Gerade den niedergelassenen Fachärzten würde durch die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung starke Konkurrenz erwachsen. Dr. Munte machte seinen Kollegen jedoch Mut, niedergelassene Fachärzte müssten den Wettbewerb nicht fürchten. Sie sollten vielmehr die Gelegenheit nutzen, sich in konkurrenzfähigen Ärztehäusern zusammenzuschließen oder mit Krankenhäusern integrierte Versorgungsformen zu realisieren.

Vorbild aus Bayern

Kritik äußerte Dr. Munte am Verhalten der ärztlichen Selbstverwaltung während der letzten Jahre: Statt ihre Chance für eine fundierte Versorgungsforschung zu nutzen, wären Konflikte zwischen Haus- und Fachärzten ausgetragen und die Qualitätssicherung vernachlässigt worden. Wie Dr. Munte, zugleich Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), erläuterte, hat der KVB-Vorstand schon seit längerem einen Paradigmenwechsel vollzogen: „Wir orientieren uns nicht mehr ausschließlich an den Interessen einer Arztgruppe, sondern am Wohl des Patienten. Und davon profitieren alle Ärzte.“ Dass diese Botschaft zumindest in der bayerischen Gesundheitspolitik angekommen ist, bewies Munte anhand der Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Endoskopie und dem Bayerischen Mammographie-Screening. Überzeugt vom Bemühen der KVB um mehr Qualität, hätte sich die Bayerische Staatsregierung bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition zur Gesundheitsreform für die Interessen der nie-



Christa Stewens' Appell an die Ärzte: „Wir müssen unser Gesundheitswesen ständig auf Schwachstellen untersuchen, lassen Sie uns gemeinsam unser Gesundheitssystem reformieren.“

dergelassenen Ärzte eingesetzt. Wie schwierig diese Verhandlungen waren, erläuterte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens in ihrem Grußwort: „Unser Bestreben war es, die Beitragssätze der Krankenkassen nicht noch weiter steigen zu lassen. Das wäre viel schädlicher gewesen als manche Auswirkungen des jetzigen Kompromisses.“ Der Grund, für die niedergelassenen Ärzte einzutreten, war laut Stewens das gute Beispiel der bayerischen KV, die sich „als echtes Dienstleistungsunternehmen für die Ärzte und deren Patienten sieht und auch so handelt“.

Praxisgebühr erregt Gemüter

Auf der langen Liste der Gäste beim Fachärztetag stand auch der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Manfred Richter-Reichhelm, der die schwierige Aufgabe hatte, den Anwesenden das heikle Thema „Praxisgebühr“ zu erläutern. Die zehn Euro, die die Ärzte ab Januar für die Krankenkassen von ihren Patienten einreiben müssen, sind in der Ärzteschaft besonders heftig umstritten. Nachdem Richter-Reichhelm über die Verhandlung der KBV mit den Krankenkassen und dem Bundesgesundheitsministerium berichtet hatte, informierte er die Gäste aktuell darüber, dass das Bundesgesundheitsministerium auch weiterhin darauf bestehe, dass das Inkassorisiko bei den Ärzten liege. Und das, so Richter-Reichhelm, obwohl sich die KBV mit den Kassen in diesem Punkt bereits anders geeinigt hätte.

Den zweiten Veranstaltungstag eröffnete die neue Bayerische Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller mit einem Grußwort. Sie zeigte sich optimistisch, dass sich die in den Konsensgesprächen vereinbarten Reformelemente – mehr Eigenverantwortung, Möglichkeiten der Kostenerstattung, Präventionsförderung und Fortentwicklung der integrierten Versorgung – kostendämpfend im Gesundheitswesen auswirken werden. Die Staatssekretärin plädierte für eine gute Zusammenarbeit zwischen Fach- und Hausärzten, lobte die freie Arztwahl und lehnte die Gewerbesteuerpflicht für freie Berufe ab. Auch Dr. Wolfgang Hoppenhaller, Vorsitzender des Bayerischen Hausärzterverbandes (BDA) und stellvertretender KVB-Vorstandsvorsitzender, kritisierte in seiner Gastrede die Einführung der Praxisgebühr und insbesondere die Pläne der Bundesregierung, das Inkassorisiko der Ärzteschaft aufzubürden. „Solch eine verfehlte Reformpolitik belastet das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis und stößt auf Ablehnung der Hausärzte“, betonte Dr. Hoppenhaller. Deutliche Worte fand der bayerische BDA-Chef ebenfalls zu dem im Reformgesetz vorgesehenen Kooperationsverträgen zwischen Hausärzten und Krankenkassen und der Öffnung der Krankenhäuser. Ziel solcher Maßnahmen seien laut Hoppenhaller nicht die Förderung von Ärzten, sondern ausschließlich finanzielle Einsparungen bei den Kassen. Den Hausärzten riet er ab, voreilig Kooperationsverträge zu schließen, und plädierte stattdessen für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Haus- und Fachärzten.



Von Gästen umringt
während der Pausen:
Fachärztechef
Dr. Axel Munte (Mitte) ...



... und die neue Gesundheitsstaatssekretärin
Emilia Müller.

Kein Rückschritt in DDR-Zeiten

Dass mit der Gesundheitsreform die Weichen in die falsche Richtung gestellt werden, machte Dr. Wolfgang Eckert, KV-Chef von Mecklenburg-Vorpommern, in seinem Vortrag deutlich. Anhand seiner Erfahrungen aus der dirigistischen Staatsmedizin in der DDR bewertete er exemplarisch einige der neuen Reformansätze. Vor allem die beabsichtigten Versorgungszentren erinnerten ihn stark an den medizinischen DDR-Alltag. Die Folgen dieses zentral gesteuerten Gesundheitssystems waren verheerend: Hausärztemangel, Abbau von niedergelassenen Arztpraxen und eine viel zu hohe Sterberate bei Volkskrankheiten. „Das gestellte Ziel der Gesundheitsreform ‘Verbesserung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit in der medizinischen Ver-

sorgung der Bevölkerung’ ist unter diesen Voraussetzungen eine Lüge“, so Eckert. Auch Vertreter der Bayerischen Krankenkassen waren Gäste des diesjährigen Fachärztetages. Im Mittelpunkt ihrer Vorträge stand die Ausgestaltung der integrierten Versorgung. Sowohl BKK-Chef Gerhard Schulte als auch AOK-Ressortleiter Rudolf Hegenbart verwiesen in diesem Zusammenhang auf die begrenzten Finanzmittel. Zwar seien Gelder vorhanden, jedoch reichten sie mit Blick auf die von der Bundesregierung geforderte Beitragssenkung nicht aus. Beide Kassenvertreter waren sich einig: Die Grundidee der integrierten Versorgung fordert eine bessere Kooperation zwischen ambulanten und stationären Strukturen. Integrierte Versorgungsformen seien auch nicht mit Disease-Management-Programmen gleichzusetzen. Konkretere Vorstel-

lungen über die Ausgestaltung der neuen Versorgungsformen müssten noch erarbeitet werden. Zum Thema Einzelverträge mit Hausärzten antwortete der AOK-Vertreter: „Es ist unklar, was der Gesetzgeber unter ‘besonders qualifizierten Hausärzten’ versteht. Deswegen werden wir auch in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit der KVB anstreben.“

*Michael Anschütz/
Maria Akalska-Rutzmoser (beide KVB)*

HIV nicht in Vergessenheit geraten lassen

Unter großer Teilnahme mittelfränkischer Ärzte startete Ende Oktober die Informationsoffensive zum Thema HIV der Stadtmission Nürnberg und der Bezirksstelle Mittelfranken der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) mit einer Auftaktveranstaltung für Mediziner im Ärztehaus Mittelfranken.

Stadtmission und KVB verfolgen mit der Aufklärungskampagne das Ziel, HIV bzw. AIDS wieder in das Bewusstsein der Menschen zu rufen und Vorurteile im Zusammenhang mit der Ansteckungsgefahr abzubauen. „AIDS kennt keine Risikogruppen, sondern nur Risikoverhalten“, so der Tenor der Aktion. Doch bevor die Bevölkerung informiert wird, hieß es, zuerst die Ärzte aktuell zu informieren und zu sensibilisieren. Vier anerkannte Experten für die Versorgung von



HIV-Erkrankten in Bayern, Martin Helm, Nürnberg, Dr. Nina Rümmelein, München, Dr. Lothar Schneider, Fürth, und Dr. Norbert Klier, Nürnberg (v. li.), waren ins Ärztehaus Mittelfranken gekommen, um ihren

zahlreich erschienenen Kollegen neueste Erkenntnisse mitzuteilen und ihre Fragen zu beantworten.

Michael Anschütz (KVB)